



Auswärtiges Amt, 11013 Berlin

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Sören Pellmann
Platz der Republik 1
11011 Berlin



**Schriftliche Fragen für den Monat August 2022
Frage Nr. 08-129**

Berlin, 16. August 2022

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

Ihre Frage:

Wie fällt die bisherige Bilanz der Bundesregierung bezüglich der Sanktionen gegen Russland aus (bitte erläutern hinsichtlich z.B. Oligarchenvermögen, Wirtschaft, Energieversorgung, Einfluss auf den Kriegsverlauf, negative Auswirkungen hierzulande etc.) und wird aus Sicht der Bundesregierung das kommende Ölembargo Russland mehr schaden als Deutschland, insbesondere Ostdeutschland (bitte begründen)?

beantworte ich wie folgt:

Die von der Europäischen Union (EU) in enger Abstimmung mit ihren internationalen Partnern verhängten Sanktionen zielen darauf, die für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine verantwortlichen Personen, ihre Unterstützer und für Russland relevante Sektoren zu treffen sowie die Finanzierungsmöglichkeiten des russischen Staates drastisch zu beschneiden, um so die Fortsetzung des Krieges erheblich zu erschweren.



Seite 2 von 3

Die Sanktionen haben unter anderem Einfluss auf den Kriegsverlauf, da sie Russlands militärische Fähigkeiten und industrielle Basis auf Dauer schwächen.

Die Sanktionen treffen die russische Wirtschaft empfindlich und werden weitere Wirkung entfalten. Seriöse Berechnungen prognostizieren eine Rezession in Russland, d.h. eine Reduktion des russischen Bruttoinlandsprodukts in einer Spanne zwischen 6-15% für das Jahr 2022. Die massiven Auswirkungen auf die russische Wirtschaft belegen auch unabhängige Studien wie eine kürzlich veröffentlichte Studie der Yale School of Management (https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4167193).

Zur Höhe des eingefrorenen Vermögens in Deutschland wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 5. August 2022 auf Schriftliche Frage 8/019 sowie für die G7-weiten Zahlen auf die Erklärung der Russian Elites, Proxies, and Oligarchs (REPO) Taskforce (veröffentlicht unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_22_4232) verwiesen.

Die Sanktionen der EU und ihrer Partner sind bewusst so konzipiert, dass ihre Auswirkungen Russland deutlich stärker treffen als die EU. Die harten Sanktionen bleiben dennoch aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtungen auch in den sanktionierenden Staaten nicht ohne Auswirkungen. Auf entsprechende Wirtschaftsprognosen wie etwa das Frühjahrsgutachten des Sachverständigenrats der deutschen Wirtschaft wird exemplarisch verwiesen (vgl. www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de).

Auch für die im 6. EU-Paket beschlossene Regelung zu russischen Ölexporten wählten die EU-Mitgliedsstaaten einen differenzierten Ansatz, indem sie sich neben einem Importverbot für russisches Rohöl und



Seite 3 von 3

Ölprodukte auf ein Dienstleistungsverbot für deren Transport in Drittstaaten mit differenzierten Übergangsregeln geeinigt haben. Damit kann Russland wichtige Exportinfrastruktur nicht mehr voll nutzen.

Die Bundesregierung hat gemeinsam mit der Mineralölwirtschaft die Voraussetzungen geschaffen, damit die Auswirkungen eines schrittweisen Ausstiegs aus russischen Öl- und Mineralölprodukten mit einer mehrmonatigen Übergangsfrist handhabbar bleiben. An einer Lösung für eine zukunftsfähige Aufstellung der PCK Raffinerie in Schwedt arbeitet die Bundesregierung intensiv mit den Beteiligten.

Mit freundlichen Grüßen